



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichspegel : (Vom 26. Juni bis 2. Juli)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Reichs Spiegel

(Vom 26. Juni bis 2. Juli)

Innere Politik

Landtags schluß — Bemühungen der Regierung — Der Elsaß-Lothringische Nationalbund — Die Sozialdemokratie

So erfreut der deutsche Reichskanzler über die parlamentarische Arbeit des Reichstags sein durfte, so wenig kann ihm die Arbeit des preußischen Landtages behagen. Eine ganze Reihe wichtiger Gesetzesvorlagen ist unerledigt geblieben, so das Oberrechnungskammergesetz, die Rheinische Landgemeindeordnung und das Fortbildungsschulgesetz. Nur das Feuerbestattungsgesetz und die beiden Zweckverbandgesetze sind angenommen worden. Doch um welchen Preis! Die Parteien des preußischen Landtages sind einander verfeindeter denn je, und die Demokratie hat dank dem Verhalten der Konservativen Heydebrandscher Richtung in den letzten Wochen einen Agitationsstoff erhalten, wie sie ihn sich für die kommenden Wahlen gar nicht besser wünschen konnte.

Die Bemühungen der Regierung, die weitere Ansammlung von Agitationsstoff zu unterbinden, haben sich nicht belohnt und der Regierung obendrein noch das Odium der Schwäche eingetragen. So hat der Minister Sydow im Namen der Regierung das Pflichtfortbildungsschulgesetz zurückgezogen, noch ehe es aus der Kommission an das Plenum gelangt war. Die Absicht war gut. Die Behandlung des Entwurfs, insbesondere der von der Kommission hineingearbeiteten Bestimmungen über den Religionsunterricht, durch die Presse ließ befürchten, daß im Plenum seitens der Linken Reden zum Fenster hinaus gehalten werden würden, die, ohne am Schicksal des Gesetzes etwas ändern zu können, die Verwirrung im Lande nur noch vergrößert hätten, obendrein wegen einer verhältnismäßig geringfügigen Angelegenheit. Das hat die Regierung verhindert und sich dabei bei den Liberalen eine gute Note geholt. In liberalen Kreisen faßte man die Zurückziehung des Gesetzes als einen neuen Beweis dafür auf, daß Herr v. Bethmann gesonnen sei, sich wirklich von dem ausschließlichen Einfluß der Rechten zu befreien. Um so peinlicher ist die Überraschung, die der Ministerpräsident den Liberalen durch die in Anwendung gebrachte Form der Schließung des Landtages bereitetete. Für den nicht näher mit der Geschäftsführung des Landtages vertrauten Zeitungsleser muß es den Anschein haben, als hätte die Regierung mit Zentrum und Konservativen gemeinsame Sache gemacht, um die liberalen Parteien durch die Handhabung der Geschäftsordnung in den Augen des Landes zu blamieren. Dank der Aufmerksamkeit der Liberalen, zumal durch das entschlossene Eingreifen des nationalliberalen Abgeordneten Schiffer, ist dies Attentat auf die Rechte der Minderheit nicht nur abgewehrt, sondern in einen Sieg der Angegriffenen verwandelt worden. Wenn die Regierung die Besprechung eines Initiativantrages der Freisinnigen wegen Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen in der letzten Session verhindern wollte, dann

konnte sie zwei Tage früher das tun, was sie getan, und brauchte es nicht bis zur Festsetzung auf die Tagesordnung kommen lassen. Nun sie es doch getan, hat sie wieder einmal unnötig von ihrem Kredite drangegeben und die Spaltung zwischen den bürgerlichen Parteien, insonderheit zwischen Konservativen und Nationalliberalen, vertieft. Damit aber zeigt die Regierung, wie völlig unselbständig sie in der Leitung der Geschäfte ist, und wie sie eine Politik von Fall zu Fall führt ohne Initiative und ohne Richtlinien. Eine solche Politik kann nicht zur Beruhigung und zum Ausgleich führen, sondern muß die Gegensätze vertiefen.

Am 29. Juni ist in Straßburg der „Elsäß-Lothringische Nationalbund“ ins Leben getreten. Blumenthal, Preiß und Wetterlé sind seine Väter. Das Programm des Bundes dürfte daher niemanden überraschen. Es fordert: volle Autonomie; Landesbeamte, die die landesübliche Sprache beherrschen; einheimischen Bewerbern ist der Zutritt im weitesten Maße zu ermöglichen; sparsamste Finanzpolitik; Abschaffung der Überweisungen an Preußen aus den Erträgnissen der Zölle; Verweigerung jedes neuen Kredits für Heer, Marine und höheres Beamtentum; Beteiligung am Gewinn aus den Reichseisenbahnen in Elsäß-Lothringen; Pflege des französischen Sprachunterrichtes in den Volksschulen; Amnestie der Refraktäre, die vor 1890 das Land verlassen haben; Einstellung der Rekruten in elsäß-lothringische Regimenter; wirksame Vertretung von Ackerbau, Industrie, Handel und Gewerbe; wirtschaftliche Bahnbauten, die nicht mehr nach strategischen Rücksichten angelegt werden sollen; Berücksichtigung der einheimischen Firmen bei Submissionen; Einführung der Konsulate; Aufenthaltserleichterung der ausgewanderten Elsäß-Lothringer; Pflege des *culte du passé*.

In amtlichen Kreisen wird der Bewegung keine große Bedeutung beigemessen, weil sich angeblich das elsäß-lothringische Zentrum ihr nicht angeschlossen habe. Ich fürchte, diese Auffassung ist mehr von dem Wunsche, daß es so sein möge, als von den Tatsachen diktiert. Die Geschichte des elsäß-lothringischen Zentrums, die den Lesern der Grenzboten in Heft 16 d. Js. vorgeführt wurde, läßt eher den entgegengesetzten Schluß zu. Wie dem auch sei: die Vorgänge in den Reichslanden bedürfen der aufmerksamsten Beobachtung, auch wenn die Regierung noch so beruhigende Mitteilungen von dorthier verbreitet. Eingestandenenermaßen benützen die Franzosensfreunde die neuen politischen Zustände, um ihren Einfluß nach Möglichkeit zu stärken, und das Zentrum hat bisher noch nicht das ernste Wollen gezeigt, sich dem Separatismus zu widersetzen. Eine wirkliche Wendung zum Besseren, d. h. eine Befehrung der Elsässer zum Reichsgedanken, kann ich mir nur durch die Vermittlung der Sozialdemokratie versprechen, die dank dem dem Lande zugebilligten Wahlrechte keine unerhebliche Bedeutung für die weitere Entwicklung der deutsch-reichsländischen Beziehungen haben dürfte. Diese Hoffnung wird wohl auch die deutsche Reichsregierung geleitet haben, als sie sich entschloß, mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu verhandeln.

Daß die Sozialdemokraten bei ihrer Bereitwilligkeit, mit der ihnen verhassten Regierung zu paktieren, nicht allein an die Reichslande denken, bedarf kaum einer Erwähnung. Aber es ist doch interessant zu vernehmen, wie die Besonnenen unter ihnen den Handel bewerten. In den Sozialistischen Monatsheften (Nr. 13) verteidigt Albert Südekum die Reichstagsfraktion gegen Rosa Luxemburg, die kürzlich in der Leipziger Volkszeitung die Fraktion wegen ihres „unsozialdemokratischen“ Verhaltens beschimpft hat. „Nur der Not gehorchend,“ schreibt Südekum, „haben sich Regierung und bürgerliche Parteien zu dem Zugeständnis des gleichen Wahlrechts für Elsaß-Lothringen verstanden. Die Liberalen möchten es jetzt gern so darstellen, als ob sie dabei die Hauptrolle gespielt hätten. Um dieser Legende ein für allemal den Garaus zu machen, sei erwähnt, daß sich die Freisinnigen mit einer Pluralstimme abzufinden bereit erklärt hatten, und daß es nur der Festigkeit unserer eigenen Vertreter zu danken ist, daß wir den Triumph des gleichen Wahlrechts feiern dürfen“ (S. 817).

„Seit Jahr und Tag hezen die preußischen Reaktionäre . . . gegen das Reichstagswahlrecht; mehr als einmal hat die Regierung, hat gerade der jetzige Kanzler der Abneigung gegen die demokratische Grundlage unserer Reichspolitik Ausdruck gegeben; ja, in ihrer ursprünglichen Vorlage über die Verfassungsänderung Elsaß-Lothringens selbst hatte die Regierung von neuem ihrer Feindschaft gegen das gleiche Wahlrecht freien Lauf gelassen. Da war es in monatelanger aufreibender Arbeit unseren Kommissionsvertretern gelungen, unter kluger Ausnutzung der Gegensätze in den Reihen unserer politischen Gegner die Regierung in die Zwangslage zu bringen, das gleiche Wahlrecht zuzugestehen oder ihr Werk scheitern zu sehen. Und da hätten wir kaltblütig und gleichgültig dem fallenden Wahlrecht noch einen Stoß geben sollen? Das wäre ein Verbrechen am elsäß-Lothringischen Volk, ja sogar ein politischer Fehler gewesen. Die Einführung eines Pluralwahlrechts in Elsaß-Lothringen hätte dem Versuch der Verschlechterung des bestehenden Reichstagswahlrechts ebenso die Wege ebnen können, wie die Einführung des gleichen Wahlrechts uns im preußischen Wahlrechtskampf sicher ein großes Stück vorwärts gebracht hat. Das ist die Hauptsache. Es ist kein Geheimnis, daß die preußische Wahlrechtsbewegung auf einen toten Strang geraten war. Die machtvollen Demonstrationen der letzten Jahre haben das Interesse an der Reform des elendesten aller Wahlrechte lebhaft entfacht, aber die starken Widerstände noch nicht zu brechen vermocht. Es ist sehr zweifelhaft, ob die bloße Wiederholung solcher Demonstrationen uns in absehbarer Zeit dem Ziel näher gebracht hätte. Die Lösung der preußischen Frage durch Reform des preußischen Wahlrechts ist aber heute die Zentralfrage der ganzen deutschen Politik. Solange die kleine, aber mächtige Partei Preußen regieren kann, wie wenn dieser mächtigste deutsche Staat ein ostelbischer Gutsbezirk wäre, solange ist ein merklicher Fortschritt in der Demokratisierung unseres politischen Lebens undenkbar. Will man seine Zuflucht nicht zu der nach meiner Überzeugung vollkommen aussichts-

losen Anwendung von Gewalt nehmen, dann bleibt nichts übrig, als jedes andere Hilfsmittel zur Eroberung Preußens nutzbar zu machen“ (S. 314/15).

Also, wie es an dieser Stelle wiederholt gezeigt wurde, um die preußische Wahlrechtsbewegung strategisch vorzubereiten, haben die Sozialdemokraten das „Opfer“ gebracht. G. Cl.

Bank und Geld

Fusionen und Interessengemeinschaften in der Industrie — Das Schicksal der großen Verbände — Stellung der Großindustrie zur Frage der Erneuerung — Tempelhofser Feld-Aktien — Große Berliner Straßenbahn — Der Geldmarkt am Ultimo

Außerordentlich bezeichnend für die gegenwärtige Lage der schweren Industrie sind die sich förmlich drängenden Fusionen und Verschmelzungen. Kaum eine Woche vergeht, in der nicht ein neues Projekt in die Wege geleitet oder gar zum Abschluß gebracht wird. So sind in diesen Tagen nicht weniger als drei solcher Fusionen bekannt geworden: Buderus-Massen, Deutsch Luxemburg-Rümelingen und Rheinische Stahlwerke-Walcke Telling. Bei den beiden letztgenannten handelt es sich zunächst nur um Abschluß einer Interessengemeinschaft, die, seitdem Krupp durch die Transaktion mit der Westfälischen Drahtindustrie hierfür den Weg gezeigt hat, sich ein immer größeres Anwendungsgebiet in der Industrie zu erobern scheint. Sachlich sind diese Interessengemeinschaften indessen von einer vollständigen Fusion nur wenig verschieden; der wirtschaftliche Endzweck, Werken der schweren solche der weiter verarbeitenden Industrie anzugliedern oder Kohlenwerke mit Hüttenwerken zu vereinigen, kann auch in der Form einer Interessengemeinschaft erreicht werden, sofern nur die finanzielle und technische Verbindung der beiden Gesellschaften so fest gefügt wird, daß sie fortan für die erweiterte und verfeinerte Produktion, und insbesondere für die Stellung gegenüber den Verbänden als ein Ganzes erscheinen. Die Stellung zu den Verbänden ist dabei das Ausschlaggebende. Bei Lichte betrachtet, handelt es sich um eine Mobilmachung für die schweren Kämpfe bei Erneuerung des Kohlen-syndikats und des Stahlwerksverbandes. Die Zahl der Hüttenzechen wächst, die bestehenden vergrößern unablässig ihren Machtbereich, um für alle Fälle, auch beim Scheitern der Syndikatsverhandlungen gerüstet zu sein und den dann unvermeidlichen Kampf um die Existenz mit Erfolg ausfechten zu können. So rückt Deutsch Luxemburg durch den Vertrag mit Rümelingen an die erste Stelle hinsichtlich der syndizierten Produkte im Stahlwerksverband. Nicht weniger als 560 000 Tonnen wird seine Beteiligungsziffer betragen und damit sowohl den Phönix, als Krupp und die Gewerkschaft Deutscher Kaiser hinter sich zurücklassen. Je größer aber die Machtentfaltung dieser Riesenunternehmungen wird, um so geringer wird ihr Interesse an der Aufrechterhaltung der Verbände, die ja nicht sowohl ihnen als den kleineren Produzenten nützlich sind, während sie für die ganz großen nur eine Beschränkung ihrer Aktionsfreiheit bedeuten. Manche Anzeichen deuten daher auch darauf hin, daß man in diesen Kreisen mit dem

Zusammenbruch der Verbände rechnet und sich für diese Eventualität rüstet. Nicht umsonst hat Stinnes im letzten Jahre sich eine Organisation für den Kohlenvertrieb über ganz Deutschland geschaffen, die ihn ganz unabhängig vom Kohlen Syndikat stellt und die sofort eine Alleinherrschaft im Markte antreten könnte, wenn das Syndikat zusammenbräche. Wie weitschauend seine Politik ist, zeigt die auffallende Tatsache, daß er sich in den Besitz der Majorität der „Midgard“, Deutsche Seeverkehrsgesellschaft in Nordenham, gesetzt hat. Er beherrscht damit den Kohlentransport auf den Rheinhäfen wie in den deutschen Seestädten und im Ausland, eine Machtstellung, die er nach seinem Belieben für oder gegen das Syndikat gebrauchen kann, wenn ihm sein eigenes Interesse dies räthlich erscheinen läßt. Einstweilen aber wird förmlich noch von allen Seiten eifrig an der Erneuerung der Verbände gearbeitet. Noch scheuen sich auch die Großen, offen den Krieg aller gegen alle als das Aushilfsmittel herbeizuwünschen, das die gegenwärtigen Schwierigkeiten, die in der Überproduktion wurzeln, durch eine Gewaltkur beseitigen könnte. Denn noch hofft man auf ein Eingreifen der Regierung — sei es nun, daß Differenzialtarife für die inländische Kohle zugestanden werden, sei es, daß man auf anderem Wege die lästige Konkurrenz der englischen Kohle beseitigt, oder sei es gar, daß der Fiskus in seinem bereits erklärten Wohlwollen für das Syndikat so weit geht, eine zwangsweise Syndizierung nach dem Muster des Kaligesezes einzuleiten. Jedenfalls wünscht die schwere Industrie Rheinland-Westfalens es weder mit der Regierung noch mit den Parteien der Rechten, mit denen man ja früher schon so manches schöne Handelsgeschäft abgeschlossen hat, zu verderben. Und hier findet sich die Erklärung dafür, warum dem Zentralverband deutscher Industrieller die präzise Stellungnahme des Hansabundes gegen Rechts so unangenehm war, daß er demselben den Rücken gekehrt und eine Sondergruppe gebildet hat, welche die „mittlere Linie“ angeblich besser als der Hansabund innehalten will. Die Großindustriellen nehmen ihr Interesse so wahr, wie sie es zu verstehen glauben; kann man sie darum schelten? Sie sind immer nackte Egoisten gewesen, für die nur Ziffern, aber keinerlei Sentimentalitäten maßgebend waren. Dieser Politik verdanken sie ihre Erfolge. Solange sie dem Allgemeininteresse nicht widersprechen, mag man sich damit abfinden; schon aber ist die Macht der großen Konzerne eine so große geworden, daß sie einen Staat im Staate darstellt und die dringende Gefahr besteht, es könnte ihr gelingen, die Regierung vor den Wagen ihrer Interessen zu spannen. Möge man beizeiten erkennen, wie verhängnisvoll es sein müßte, die gesamte Eisen- und Kohlenindustrie dem Monopol einer Handvoll Leute auszuantworten! Leider zeigen auch andere Beispiele, daß der Staat nicht in allen Fällen das Gemeinwohl gegen Sonderinteressen zu wahren versteht. Der Prospekt über die Tempelhofer Feld-Aktien bringt einen solchen betrüblichen Fall in lebhaftester Erinnerung. Hier ist zugunsten eines fiskalischen Profits ein ganzer Stadtteil der großstädtischen Bodenspekulation und dem Großkapital überant-

wortet worden, während sich die Sozialpolitiker die Köpfe darüber zerbrechen, durch welche Maßregeln den schreienden Mißständen im Berliner Wohnungswesen zu begegnen sei. Für die beteiligten Banken wird es ein fettes Geschäft. 25 Prozent Agio werden sofort für die emittierten Aktien verlangt. Die Banken aber werden auch künftig das Heft in Händen behalten. Die Aktien Litera B, welche nur mit einem Viertel einbezahlt sind, bleiben in ihrem Besitz. Diese sind vor den an das Publikum abgeschobenen bevorzugt und gewähren dem Konsortium, da sie volles Stimmrecht besitzen, eine unumstößliche Majorität, wenn auch einem Verlangen der Zulassungsstelle entsprechend das Stimmrecht für die Hälfte einstweilen ruhen soll. Das verlangte Agio zeigt deutlich, was man von den Gewinnerträgen der Gesellschaft erhofft. Der Name des Herrn Haberland, Schöneberger Angedenkens, ist ja ein Programm. Die 100 Prozent Dividende, welche er bei der Berlinischen Bodengesellschaft für die Dresdner Bank herauszuwirtschaften versteht, wird er wohl auch dem neuen Konsortium in Aussicht stellen können. Die Bodenspekulation verteuert aber beileibe nicht den Grund und Boden, die Nachfrage tut es, und das Großkapital und Herr Haberland vollbringen ein sozialpolitisch bedeutames Werk, wenn sie diesen Stadtteil „der Bebauung erschließen“.

Der Vertrag zwischen der Stadtgemeinde Berlin und der Großen Berliner Straßenbahn ist nun endlich perfekt geworden. Die Einigung hat sich nach jahrelangem Hader und Streit unter dem Druck des Zweckverbandsgesetzes im Handumdrehen vollzogen. Das von Berlin so lebhaft angefeindete (in einigen Punkten wohl auch nicht mit Unrecht abfällig kritisierte) Gesetz hat also schon vor seiner Publikation ein Gutes bewirkt. Denn das Abkommen ist zu loben, vom Standpunkte der Stadt nicht minder wie von dem der Aktionäre. Die Stadt muß ja freilich im Erwerbsfalle einen Preis anlegen, der beträchtlich höher ist als der, den sie noch vor Jahresfrist bewilligen wollte. Damals sollten die Aktien mit etwa 160 Prozent abgegolten werden, jetzt wird sie zwischen 200 und 250 Prozent anlegen müssen. Aber sie bekommt ein Schmerzensgeld im voraus in Gestalt von 23 Millionen Entschädigung für die Preisgabe des Heimfallsrechts auf den Bahnkörper und die Verlängerung der Konzession. Die Aktionäre werden in Zukunft wohl mit steigenden Dividenden rechnen können. Denn die neuen Lasten, welche die Gesellschaft auf sich nimmt, werden durch Verminderung der Amortisationsbeträge, die steigenden Einnahmen aus dem wachsenden Verkehr, den neu zu bauenden Linien und den vorbehaltenen Tarifierhöhungen ausgeglichen werden. Auf der anderen Seite wird sich der Kurs nicht mehr wesentlich über seine gegenwärtige Höhe von etwa 200 Prozent erhöhen können. Die Zeiten, in denen er einmal den stolzen Stand von 475 Prozent einnahm, gehören endgültig der Vergangenheit an. Die Straßenbahnaktie wird in Zukunft ein stabiles, sicheres Anlagepapier mit einem freilich nicht sehr hohen Zinsertragnis (zurzeit 8 $\frac{1}{2}$ Prozent bei einem Kurs von annähernd 200) darstellen.

Der Ultimo ist vorüber. Er hat einige bemerkenswerte Erscheinungen mit sich gebracht. Die am meisten erörterte war die, daß sich Geld über Monatsende außerordentlich teuer stellte. Infolge des bekannten Zinszuschlages der Reichsbank forderten nämlich die Geldgeber für Darlehen über Monatsende den üblichen Zinssatz plus Zuschlag der Reichsbank. Hierdurch stellte sich Geld für wenige Tage auf 15 bis 17 Prozent, also einen Satz, der für gewöhnliche Verhältnisse unerhört hoch bezeichnet werden muß. Es hat sich also die Vermutung bestätigt, daß die Maßregel der Reichsbank zunächst den Geldgebern, das heißt in erster Linie den Banken, zum Vorteil gereichen werde. Es kann ja keine Rede davon sein, daß sie selbst die gleichen Zinsen an die Reichsbank hätten vorauslegen müssen — aber sie ergriffen gern die Gelegenheit, eine kräftige Geldverteuerung durchzusetzen. Welchen Einfluß die Neuerung auf den Status der Reichsbank gehabt hat, läßt sich augenblicklich noch nicht mit Sicherheit beurteilen; jedenfalls sind die Lombarddarlehen gegen die Parallelmonate stark vermindert; dagegen werden die Diskonten entsprechend gestiegen und eine Verminderung der Inanspruchnahme überhaupt nicht eingetreten sein. Ein völlig zutreffendes Bild über die Lage des inländischen Geldmarktes läßt sich nicht gewinnen, weil außerordentlich hohe ausländische Guthaben hier unterhalten werden; man schätzt den Betrag auf eine halbe Milliarde. Dies macht sich in einem ungewöhnlich niedrigen Stand der ausländischen Wechselkurse geltend. Trotzdem hat anscheinend die Reichsbank keine Gelegenheit gehabt, Geld in größeren Mengen aus dem Auslande an sich zu ziehen. Eine wenig erfreuliche Begleiterscheinung der Geldverhältnisse war der Rückgang unserer Reichs- und Staatsanleihen. Aller Bemühungen um die Kursbesserung unserer inländischen Fonds ungeachtet, senkt sich das Kursniveau derselben immer von neuem. Und doch kann diese Erscheinung niemand befremden: sie ist das Widerspiel der allgemeinen Geld- und Kreditanspannung. Unsere Anleihen teilen in dieser Beziehung das Schicksal der englischen Konsols.

Spectator

Bücherliste

- Tolstoi, Leo:** Brief an einen Hindu. Uebersetzt von Dr. A. Starvan. Herausgegeben von Dr. E. H. Schmitt. Heidelberg, A. M. Waibel & Co.
- Tolstoi, Leo:** Über die Wissenschaft. Uebersetzt von Dr. A. Starvan. Herausgegeben von Dr. E. H. Schmitt. Heidelberg, A. M. Waibel & Co.
- v. Melckentzin, Henning:** Was Preußen Deutschland und seiner Armee not tut. Leipzig, Edmund Demme. M. 0.60.
- Contin, Dr. Alexander:** Befestigungshoheit und Befestigungsrecht. Leipzig, Witt & Co. M. 4.50.
- Ostermai, Oskar. Fögel, Dr. Hermann. Reuberg, Blarner Arthur:** Biblisches Vesebuch. Leipzig, Julius Klinckschardt. M. 2.—.
- Witow, Otto:** Die Weltanschauung. Eine deutsche Weltanschauung. Leipzig, Teutonia-Verlag. M. 2.50.
- Erler, Dr. Curt:** Von der Macht der Presse in Deutschland. Berlin, Spree-Verlag. Paul Werner. M. 1.80.
- Servaes, Franz:** Wenn der Traum zerrinnt. Berlin, Egon Fleischel & Co. M. 3.—.
- Athenaus:** Was tut not? Politische Betrachtungen. Leipzig, Otto Klemm. M. 0.75.
- Mosum, S. D.:** Der Mann von Fünfundvierzig. Leipzig, Georg Wigand. M. 2.—.
- Jensen, Johannes B.:** Der Gleitscher. Berlin, E. Fischer. M. 3.50.
- Deutsches Wanderjahrbuch.** I. Jahrgang. Herausgegeben von Fritz Gardt. Leipzig, W. G. Teubner. M. 1.40.
- Münzer, Kurt:** Der gefühlvolle Baedeker. Berlin, Vita, Deutsches Verlagshaus.
- Knüttel, Prof. Richard:** Uniformenkunde. Rathenow, Max Wabengien.
- Menge, Heinrich E. L.:** Deutsches Ausverkaufswesen. Berlin, Dr. Walthers Buchhandlung.
- Haif, Dr. August Friedrich:** Die Urteile der Deutschen über die franz. Nationalität im Zeitalter der Revolution und der deutschen Erhebung. Berlin, Dr. Walthers Buchhandlung.
- Prescher, Rudolf:** Die bunte Kuh. Berlin, Concordia, Deutsche Verlagsanstalt. M. 5.—.
- Rehse, Graf Hermann:** Zwei Reden. Riga, Jons & Polikowsky. M. 1.50.